



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 16. Oktober 2012

P121286

Neue Verordnung des UVEK über die Leistungen und Vorhaltekosten der öffentlichen Wehrdienste für den Einsatz auf Eisenbahnanlagen; Anhörung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Verkehr.

Begründung

Die mit der vorliegenden Reform - als gesamtschweizerischen Lösung - vorgesehene Beteiligung der Infrastrukturbetreiberinnen an den Vorhaltekosten der öffentlichen Wehrdienste für den Einsatz auf Eisenbahnanlagen wird ausdrücklich begrüsst. Die Berechnung der Höhe der Beteiligung an den Vorhaltekosten und deren Verteilung auf die Kantone ist jedoch nicht nachvollziehbar. Ungeachtet der fehlenden Transparenz der Bemessungsgrundlagen stehen die zu erwartenden Abgeltungen der Infrastrukturbetreiberinnen für die Vorhaltekosten in keinem Verhältnis zum tatsächlichen finanziellen Aufwand der Wehrdienste des Kantons Basel-Stadt für den Einsatz auf Eisenbahnanlagen. Dabei sind auch die Entschädigungen für die Aus- und Weiterbildungskosten unzureichend. Zudem wurden die territorialen Zuständigkeiten in der Verordnung missachtet. Der Abschluss resp. die Unterzeichnung einer Leistungsvereinbarung durch den Kanton Basel-Stadt kann unter den dargestellten Bedingungen des Verordnungsentwurfes nicht in Aussicht gestellt werden.

